

Anfrage Brunner Simone und Mit. über mangelhafte Entscheidungsgrundlagen bei der Einführung von M365 in der Kantonsverwaltung

eröffnet am 8. September 2025

Die vom Regierungsrat beschlossene und bereits angelaufene Einführung von Microsoft 365 in der Luzerner Kantonsverwaltung wirft zentrale Fragen zu politischen und rechtlichen Grundlagen sowie rechtlicher Zuverlässigkeit auf. Die mediale Berichterstattung sowie parlamentarische und verwaltungsinterne Stimmen weisen auf erhebliche Unklarheiten und mögliche Versäumnisse hin.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

Politische und rechtliche Grundlagen:

1. Hat der Regierungsrat rückblickend korrekt gehandelt, als er M365 als «Ersatz-Investition» einstufte und auf eine parlamentarische Legitimation verzichtete?
2. Inwiefern wurde geprüft, ob ein Sonderkredit – wie bei vergleichbaren IT-Vorhaben (z. B. UCC-Projekt 2018) – angezeigt gewesen wäre? Falls ja, warum? Falls nein, warum nicht?
3. Auf der Basis des Grundsatzbeschlusses Nr. 2607 vom 27. September 1994 über IT-Investitionen hat der Regierungsrat die Beschaffung und die Einführung von M365 als Ersatzbeschaffung und freibestimmbare und gebundene Ausgabe beurteilt. Erachtet der Regierungsrat diesen Beschluss noch für zeitgemäß? Falls ja, warum? Falls nein, warum nicht?

Umsetzung und Kommunikation:

4. Wie weit ist die Datenklassifizierung fortgeschritten, und wer koordiniert sie? Aus welchem Anlass wird das Projekt nun «nachgeholt» (gemäss LZ-Artikel vom 12.7.2025)?
5. Wie wird mit abweichenden Datenklassifizierungen in den Departementen oder in den Gerichten umgegangen? Wie werden diese beim Entscheid begleitet? Haben bisher Verwaltungseinheiten abweichende Regelungen in Betracht gezogen?
6. Wie werden die Mitarbeitenden geschult, und welche Folgen haben Fehlverhalten oder Verstösse gegen Schutzbestimmungen? Gibt es periodische Audits bezüglich der Umsetzung der Datenschutzbestimmungen?
7. Wie wurde und wird die Öffentlichkeit über die datenschutzrechtlichen Risiken, die Projektbewertung und die Entscheidungsgrundlagen informiert? Ist der Regierungsrat bereit, Dokumente im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips freizugeben?

Brunner Simone

Pfäffli Andrea, Meier Anja, Pilotto Maria, Estermann Rahel, Bühler Milena, Lichtsteiner Eva, Irniger Barbara, Schuler Josef, Ledergerber Michael, Muff Sara, Horat Marc, Fässler Peter, Galbraith Sofia, Rey Caroline, Bühler-Häfliger Sarah, Misticoni Fabrizio, Bolliger Roman, Zbinden Samuel, Koch Hannes, Heselhaus Sabine, Studhalter Irina